

#### 14 Lebensmittelversorgung sichern – Wissenschaftliche Erkenntnisse im Pflanzenschutz anerkennen

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/5840

Ich eröffne die Aussprache. Für die FDP ist als Erstes der Abgeordnete Brockes am Redepult.

**Dietmar Brockes**<sup>\*)</sup> (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Vereinten Nationen, UNICEF Deutschland und die Weltgesundheitsorganisation WHO warnen vor den Folgen des Green Deals der EU.

Wenn die EU ihre Landwirtschaft extensiver gestaltet, wird die Produktion zurückgehen. Jede Minderproduktion hierzulande führt zu einer zusätzlichen weltweiten Flächenausdehnung und damit zu mehr Emissionen global.

(Beifall von der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]:  
Oh nein! Das fängt schon schlimm an!)

– Herr Kollege Rüße, bei immer knapper werdenden landwirtschaftlichen Flächen muss der verfügbare Boden deshalb effizient und produktiv genutzt werden. Dafür braucht es aber moderne Technik und auch modernen Pflanzenschutz. Deshalb müssen Forschung und Innovation im Mittelpunkt unseres Handelns stehen und keine Verbote.

Lösungen liegen bereits in der Schublade. Mittels neuer Züchtungsmethoden und moderner Landtechnik kann schon heute der Pflanzenschutzmittelbedarf deutlich gesenkt werden. Landwirtinnen und Landwirte bringen seit jeher so wenig Pflanzenschutzmittel aus wie möglich, dies sowohl aus ökologischen als auch ökonomischen Erwägungen.

Die EU-Kommission hat einen Entwurf für eine Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf den Weg gebracht. Der Westfälische Landwirtschaftsverband hat errechnet: Wenn die Verordnung so käme, wären rund 50 % des Ackerlands und rund drei Viertel des Dauergrünlands in Nordrhein-Westfalen betroffen. Bezieht man dann noch die Wasserschutzgebiete mit ein, sind sogar 90 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in NRW betroffen.

Wir Freien Demokraten fordern daher in unserem Antrag die Landesregierung auf, alle Aktivitäten zu unterstützen, die zu einer praxistauglichen Überarbeitung der geplanten EU-Verordnung zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln führen.

(Beifall von der FDP)

Der Pflanzenschutz bleibt für die Landwirtinnen und Landwirte auch in Zukunft unverzichtbar. Er unter-

stützt die lokale und regionale Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten.

Vor Kurzem hat die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit ihre Risikobewertung veröffentlicht. Sie hat keine Einwände gegen eine erneute Zulassung von Glyphosat. Die Mitgliedsländer entscheiden am 13. Oktober über die weitere Zulassung von Glyphosat.

Deutschland muss seiner Rolle gerecht werden und darf den Landwirtinnen und Landwirten hierzulande nicht noch weitere Steine in den Weg werfen.

(Beifall von der FDP)

Das würde die Wettbewerbsbedingungen und die regionale Wertschöpfung für die deutsche Landwirtschaft weiter verschlechtern.

Da die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen und ihre vor- und nachgelagerten Bereiche einen wichtigen Wirtschaftsfaktor darstellen, aber sie eben auch wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernimmt, muss sich Nordrhein-Westfalen auf Bundesebene für eine Fortsetzung der Zulassung von Glyphosat einsetzen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung für unseren Antrag. Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die CDU spricht der Abgeordnete Herr Höner.

**Markus Höner** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen Antrag vorliegen, den die FDP als Durchlauferhitzer für Themen aus Brüssel und Berlin nutzen möchte, Themen, die sie anscheinend nicht selbst adressiert bekommt. Das geschieht nach einem einfachen Strickmuster: eine Seite Prosa über Pflanzenschutz, sehr allgemein gehalten, eine Seite Abhandlungen über Glyphosat und zu guter Letzt ganze vier Forderungen, bei denen der Finger nach Berlin und nach Brüssel zeigt.

(Ralf Witzel [FDP]: Was ist denn Ihre Meinung?)

Liebe liberalen Kolleginnen und Kollegen, einfacher kommen Sie inhaltlich voran, wenn Sie Ihre Mandatsträger in Berlin aufs richtige Gleis setzen.

(Ralf Witzel [FDP]: Was ist denn ihre Meinung zu dem Thema?)

Sie sind in Berlin regierungstragende Fraktion. Dann tragen Sie bitte auch dort die Verantwortung.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Eines vorab: Das Thema „Pflanzenschutz“ ist uns als CDU-Fraktion sowie unserer Ministerin Silke Gorißen sehr präsent, und wir bringen uns hier sehr intensiv ein. Das gilt gerade auch für unsere Ministerin, obwohl sie nicht primär zuständig ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist ja das Problem!)

Gerne gebe ich hierfür ein paar Beispiele: Seit über einem Jahr, als sich abzeichnete, dass von dem Verordnungsentwurf möglicherweise alle Landschaftsschutzgebiete – das heißt: über 90 % der landwirtschaftlichen Flächen in NRW – betroffen sein könnten, engagieren die CDU-Abgeordneten und die Ministerin sich sehr intensiv auf den verschiedensten Ebenen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was sagt denn der zuständige Umweltminister?)

Auch bei der Agrarministerkonferenz Ende März 2023 in Büsum hat sich unsere Ministerin inhaltlich klar positioniert – aber nicht nur da: Nachdem die Europäische Kommission am 5. Juli weitere Gesetzesvorschläge vorlegte, lud sie gemeinsam mit ihrem Landwirtschaftsministerkollegen Peter Hauk Abgeordnete des Europäischen Parlaments in die Landesvertretung Nordrhein-Westfalens in Brüssel ein. Gesprächspartner waren unter anderem der Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses im EU-Parlament, Norbert Lins, Sarah Wiener als Berichterstatterin und der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion Peter Liese.

Auf den Punkt gebracht: Eine Woche vor der Abstimmung über die Naturwiederherstellungsverordnung im Europäischen Parlament setzten sich die beiden Minister für bessere praxisnahe Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe ein.

Wir alle wollen unsere starke landwirtschaftliche Struktur erhalten und eine stabile Lebensmittelversorgung sicherstellen. Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln kann nicht als selbstverständlich angesehen werden. Die aktuellen Entwürfe der Verordnungen zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Naturwiederherstellung benötigen dringend mehr Praxisnähe und einen perspektivischen Blick auf die europäische und, wie ich meine, sogar auf die weltweite Lebensmittelversorgung.

Die in Brüssel geplante Verordnung geht nicht nur weit über das Ziel hinaus, sondern auch an der Praxis vorbei, und zwar an der Praxis der kompletten Landwirtschaft, egal, ob biologisch oder konventionell wirtschaftend. Es gilt, gemeinsam mit den Landnutzern pragmatische, nachhaltige und intelligente Lösungen sicherzustellen. Ministerin Silke Gorißen hat den erforderlichen Nachbesserungsbedarf bereits mehrfach dargestellt. Aber das Heft des Handelns haben im Moment andere in der Hand.

Meine liebe FDP, lieber Herr Brockes, was soll denn bitte der zweite Antragsbegründungsteil? Beim

Thema „Glyphosat“ ist NRW nun wirklich nicht am Zug. Das Thema ist auf Bundes- und auf EU-Ebene aktuell. Sorry! Sie schreiben, dass Ihr Koalitionsvertrag im Bund auf einem alten Wissenstand beruhe. Das werden wir hier in NRW nicht regeln können und auch nicht regeln wollen.

Wenn es um eine klimaschonende und erosionsarme Bewirtschaftung geht, hat dieses Herbizid auch seine Berechtigung. Ob dieses Herbizid gesundheitsschädlich ist oder nicht, kann ich wissenschaftlich nicht bewerten. Ich bin – so wie wahrscheinlich alle hier – auf eine wissenschaftliche Bewertung durch andere angewiesen. Genau dafür haben wir Institutionen wie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, und das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit.

Aus unserer Sicht ist die Politik gut beraten, hier nicht emotional, sondern auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu entscheiden. Genau das passiert gerade auf europäischer und auf nationaler Ebene. Zumindest bei Letzterer liegt der Ball klar in Ihrem Spielfeld.

Wir sehen keine Notwendigkeit, der Forderung des Antrags zu entsprechen, da es ein reines Schaulaufen ist. Liebe FDP, werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst. Wir als CDU sind bei diesem Thema schon lange inhaltlich unterwegs. Wir sind in NRW aktiv, wir setzen uns in Brüssel ein, und Sie sind im Bund dran. Wir lehnen den Antrag daher ab.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der SPD hat nun die Abgeordnetekollegin Kahle-Hausmann das Wort.

**Julia Kahle-Hausmann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe zu: Der Antrag, den wir hier vorliegen haben, hat uns nicht überrascht. Jedes Mal, wenn die EU irgendetwas im Agrarbereich macht, versucht die FDP bei der nächsten Plenarsitzung in Düsseldorf, die gemeinsamen Berliner Positionen auszuhebeln. Es tut mir leid, Herr Brockes, aber ich muss Sie enttäuschen: Wir können und wir werden Ihre Position bei diesem Thema nicht teilen, und wir werden Ihren Antrag daher auch ablehnen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die Begründung hierfür ist sehr klar: Sie schreiben von der wissenschaftlichen Erkenntnis, der auch wir gern folgen möchten. Aber zur Wissenschaft gehört auch, dass man evidenzbasiert arbeitet, und zwar auf Basis sämtlicher Evidenzen. Sie sind im Antrag einfach etwas zu eindimensional.

(Kopfschütteln von Dietmar Brockes [FDP])

Ein paar andere Perspektiven: Sie begründen Ihre Position mit einer Studie der ETH Zürich, laut der Verluste je nach Kultur zwischen unter 100 und 553 Euro pro Hektar und Jahr liegen könnten. Das ist oberflächlich betrachtet wahr. Aber wenn man einmal genau hinschaut, stellt man fest, dass Sie hier Sand in die Augen streuen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Die Studie besagt nämlich, dass französische Winzer eine Gewinnminderung von bis zu 553 Euro zu befürchten hätten, deutsche Tierhalter bei Silomais aber lediglich 1 bis 2 Euro pro Hektar.

(Zurufe: Aha! – Interessant!)

Bleiben wir bei der Beurteilung doch lieber in NRW, oder?

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die ETH hat im März auch eine Studie zur Nahrungsaufnahme glyphosathaltiger Herbizide bei Insekten veröffentlicht. Die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz, Sabine Riewenherm, sagt dazu ganz klar:

„Mit der neuen Studie wird nachgewiesen, dass glyphosatbasierte Herbizide auch direkt stark toxisch für Insekten sein können – und dies sogar bei Konzentrationen deutlich unterhalb der erlaubten Spritzmenge.“

Sie, liebe FDP, lassen diese Studie unerwähnt. Auch die EFSA hat sie nicht berücksichtigt. Warum sollte sie auch? Schließlich muss sie das gar nicht. Die orale Aufnahme von Gliederfüßern spielt im Zulassungsverfahren keine Rolle.

Sie sagen auch nichts über die Studie des Umweltbundesamtes aus diesem Sommer, die klar belegt, dass gerade in Kleingewässern deutlich mehr Pestizide ankommen, als wir bisher gedacht hatten. Gerade nach Regengüssen wird viel eingeschwemmt. Wir sollten die Schutzmaßnahmen dringend verbessern.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE])

– Danke. – Letztlich ist allen, die den gesamten Prozess rund um die Zulassung von Glyphosat verfolgen, absolut klar, dass wir auf einer nicht optimalen Studienbasis Entscheidungen treffen sollen.

Ich kann die Landwirte sehr gut verstehen, die seit Jahrzehnten Glyphosat einsetzen und bei einem Verbot des Herbizids auf eine ebenfalls nicht unkritische Bearbeitung der Felder mit dem Pflug setzen müssten. Ich kann auch verstehen, dass Einbußen bei den Erzeugnissen erwartet und befürchtet werden.

Für die Kollegen, die mit EFSA, Landwirtschaft, Herbiziden, Biodiversität etc. nicht so viel anfangen

können: Die Stiftung Warentest hat schon 2016 in 18 Biersorten Glyphosatrückstände nachgewiesen –

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Ja!)

natürlich alle unter den Grenzwerten. Aber in Anbetracht dessen, dass sich die Substanz negativ auf das Mikrobiom von Tier und Mensch auswirken soll und eine Anreicherung in Leber und Knochenmark bei Versuchstieren festgestellt wurde, stelle ich Ihnen ganz polemisch die Frage: Wollen wir alle das wirklich in unseren Getränken und in unserem Wasser haben?

Wir wägen ab, was wir über Glyphosat wissen, was die EFSA lange und gründlich tatsächlich in diesem Zulassungsprozess berücksichtigt hat und welche Studienergebnisse nicht in die Bewertung eingeflossen sind. Es erscheint mir und uns aus dem Prinzip der Vorsorge zurzeit vernünftiger, der Berliner Entscheidung für den Verzicht auf Glyphosat noch zu folgen.

Gerne unterstützen wir sämtliche wissenschaftliche Forschung zu Alternativen zu diesem Herbizid; denn auch wir hängen wissenschaftsbasierten Entscheidungen an. Wenn Studien aber Lücken haben und mehr Fragen aufwerfen, als sie beantworten, dann sind wir bei der Entscheidung doch eher zurückhaltend.

Zuletzt stoße ich mich an Ihren vorgeschlagenen Maßnahmen; denn mit keinem Wort erwähnen Sie die Landesebene. Stattdessen wollen Sie, liebe FDP-Fraktion, hier in Düsseldorf mit Frau Gorißen eine CDU-Ministerin in der Landesregierung damit beauftragen, die von Ihren eigenen Parteikollegen und -kolleginnen ausgehandelten und unterzeichneten Positionen im Koalitionsvertrag in Berlin auszuhebeln. Das ist selbstverständlich Ihr gutes Recht, aber unredlich.

Angesichts der Position der EVP und der CDU in Sachsen-Anhalt glaube ich nicht, dass es dieses Antrags bedarf.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Darum werden wir ihn auch nicht unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und Hendrik Schmitz [CDU] – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Abgeordnetekollege Norwich Rüße das Wort.

**Norwich Rüße (GRÜNE):** Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Brockes, Ihr vehementer Einsatz für freie Fahrt für Pflanzenschutzmittel hat mich schon ein bisschen überrascht. Mich würde tatsächlich freuen, wenn Sie das

so differenziert sähen und daran auch so differenziert herangingen, wie es die Kollegin Kahle-Hausmann gerade getan hat.

In der Geschichte der Pflanzenschutzmittel muss man immer abwägen zwischen Erträgen, die man erwirtschaften will – und damit ökonomischen Vorteilen, die es gibt –, und Fragen der gesundheitlichen Risiken, der Umweltschäden und der Artenvielfalt, die uns stark bewegt.

Ich gehe davon aus, dass Sie das Buch „Der stumme Frühling“ von Rachel Carson kennen. Es wurde 1962 geschrieben und hat damals zum ersten Mal die in der Nachkriegszeit einsetzende starke Verwendung von Pflanzenschutzmitteln kritisiert. Da ging es vor allem um DDT. Im Zuge meiner Mitarbeit auf unserem Hof wurde in den 80er-Jahren die Frage von Atrazin im Maisanbau stark diskutiert. Jetzt diskutieren wir, inwieweit Neonicotinoide ein Problem darstellen.

Sie machen es sich wirklich reichlich einfach damit, zu sagen, es entstünden nur 100 Euro Mehrkosten, wenn man es anders mache. Ich finde, Sie müssen das schon ein bisschen anders darstellen. Man muss hier einen Abwägungsprozesses vornehmen. Das tun Sie nicht. Sie sind an der Stelle völlig einseitig unterwegs. Das ist für eine politische Partei sehr enttäuschend.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hinzu kommt: Wir hatten in den 80er-Jahren tatsächlich eine starke Debatte. Damals gab es den Bericht zu Umweltbelastungen der Landwirtschaft, in dem auch einiges über Pflanzenschutzmittel geschrieben worden ist. Daraus hat sich dann der integrierte Pflanzenschutz entwickelt.

Es geht darum, zu gucken, wie man die Mengen reduzieren kann. Wir müssen aber feststellen, dass das in der Umsetzung schwierig ist. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass da viel passieren und keine Mittel zu viel eingesetzt würden. Dem kann ich so nicht zustimmen. Aufgrund der Reduktionsziele, die wir seit Jahren verfolgen, haben wir auch einen Nationalen Aktionsplan zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aufgelegt, mit dem wir klar sagen, dass wir gerade aufgrund der Problematik im Bereich „Artenvielfalt“ die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln herunterfahren wollen. Das schaffen wir aber einfach nicht. Wir haben eine Stagnation auf relativ hohem Niveau. Davon müssen wir weiter herunkommen.

Wir können ja über die Pläne der EU diskutieren. Sie als FDP waren aber Teil der Bundesregierung und haben es auch nicht geschafft, dass wir die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln auf das wirklich absolut notwendige Maß reduzieren. Das haben wir nicht geschafft.

Wir waren in den 80er-Jahren weiter. Dinge wie die Verwendung von Striegeln und Hacken im Maisanbau waren in den 80er-Jahren alle schon mal da. Das diskutieren wir jetzt wieder neu. Wie kriegen wir das hin? Was für technische Möglichkeiten haben wir? Da ist so viel möglich.

Jetzt komme ich zu dem Punkt, der mir mit am wichtigsten ist. Bei der Fragestellung, ob Glyphosat ein Problem ist, haben wir uns in der Debatte sehr auf die Frage konzentriert – so sind Menschen nun einmal –, ob es für den Menschen schädlich ist. Das ist natürlich eine wichtige Frage. Genauso wichtig ist aber die Frage: Schädigt es die Natur? Schädigt es die Artenvielfalt?

Die Hinweise, dass wir hier einen erheblichen Forschungsbedarf haben, waren doch gut. An der Stelle zitieren Sie auch die EFSA nicht richtig. Die EFSA hat gesagt: Ja, wir sind dafür, dass es zugelassen wird; wir sehen aber sehr wohl Risiken. – Die EFSA hat abgewogen. Sie hat nicht gesagt, dass Glyphosat völlig unproblematisch sei.

Noch ein Letztes – Herr Brockes, Sie waren auch dabei –: Als der Ukraine-Krieg ausgebrochen ist, hatten wir einen niederländischen Landwirt im Ausschuss, der in der Ukraine 20.000 ha bewirtschaftet. Um das einmal zu übersetzen: Wenn ein Landwirt 20.000 ha bewirtschaftet, brauchen wir im Kreis Borken noch genau vier Bauern, um den gesamten Kreis zu bewirtschaften. Solche Farmen finden Sie auch in Südamerika, zum Beispiel in Argentinien und Brasilien. Diese riesigen Farmen setzen natürlich auf Glyphosat, weil sie solche Dimensionen anders gar nicht bewirtschaften können.

Jetzt frage ich Sie: Wofür stellen Sie eigentlich diesen Antrag? Ist das wirklich im Sinne unserer nordrhein-westfälischen bäuerlichen Landwirtschaft? Im ersten Moment vielleicht. Aber wir haben doch in den letzten Jahren erlebt, dass unsere Landwirte nicht in der Lage sind, am Weltmarkt zu konkurrieren. Den Billigen Jakob können wir da nicht machen. Das geht nicht. Dafür ist die Monteurstunde in der Landmaschinenwerkstatt in Deutschland zu teuer, und auch die Arbeitskräfte sind hier zu teuer.

Wir leben in Nordrhein-Westfalen und haben einen riesigen Markt vor der Haustür. Auf diesen Markt müssen wir uns konzentrieren. Dann stellt sich die Frage: Wie machen wir das? Wir müssen doch Qualitäten anbieten. Eine Qualität kann sein, Pflanzenschutzmittel minimal einzusetzen.

Ich glaube im Übrigen, dass das wichtigste Instrument eine Ernährungsstrategie wäre.

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Ihre Redezeit, Herr Kollege.

**Norwich Rüße** (GRÜNE): Würden wir eine solche Ernährungsstrategie machen und zu einem ambitionierten Kantinenprogramm kommen, würde es mehr bringen, das als Koalition durchzusetzen, als das, was Sie mit Ihrem Antrag vorschlagen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Schalley das Wort.

**Zacharias Schalley** (AfD): Frau Präsidentin! Werte Damen und Herren! Acht Worte – mehr brauchten die Ampelkoalitionäre nicht, um das Schicksal des umstrittenen Pflanzenschutzmittels Glyphosat zu besiegeln: „Wir nehmen Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt“, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und auch FDP.

Ich stelle daher fest, dass die FDP auf Landesebene missbilligt, was sie auf Bundesebene begrüßt. Anstatt den Landtag und die Landesregierung aufzufordern, auf höheren Ebenen etwas zu tun, sollten Sie entsprechende Anträge eher an Ihre Parteikollegen in Berlin richten.

Aber machen wir uns ehrlich. Ja, strenge Regularien für Herbizide und Pestizide sind unbedingt notwendig, und zwar nicht nur aus Gründen des gesundheitlichen Eigenschutzes des Menschen, sondern auch im Sinne einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Landwirtschaft.

Dennoch kann die moderne Landwirtschaft ohne Pflanzenschutz nicht funktionieren. Die Bauern sind im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln geschult. Sie handeln verantwortungsvoll nach dem Grundsatz „so wenig wie möglich und so viel wie nötig“. Das tun sie schon allein aus betriebswirtschaftlichem Eigeninteresse.

Die Welternährung wird vom Schutz der Ernte getragen. Entsprechend können wir nicht von heute auf morgen komplett auf künstlichen Pflanzenschutz verzichten. Das hindert natürlich die EU-Kommission nicht daran, in der sogenannten SUR-Richtlinie Pläne festzulegen, wie der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bis 2030 halbiert werden soll.

Wenn wir den Einsatz von synthetischem Pflanzenschutz derart drastisch reduzieren, dann müssen Alternativen her. Doch wie sehen diese aus?

Neben begrüßenswerten Ideen wie der Fruchtfolgenanpassung, der Förderung von Nützlingen und züchterischen Maßnahmen stehen auch die Beschränkung der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf ein notwendiges Maß und die Bevorzugung anderer

biologischer, physikalischer und nicht chemischer Bekämpfungsmethoden in der EU-Richtlinie.

Doch auch hier sollten wir uns ehrlich machen. Können Marienkäferlarven und Ohrenkneifer das leisten, was der synthetische Pflanzenschutz leisten kann? Eher nicht. Die Alternativen zu synthetischem Pflanzenschutz sind nicht nur unbezahlbar, sondern auch weniger effektiv.

Die mechanische Unkrautbekämpfung ist in der Praxis nicht umsetzbar. Ein autonom fahrender Roboter, der mit modernster Sensorik Unkraut erkennt und entfernt, sieht zwar auf der Landwirtschaftsmesse gut aus, ist aber für die ohnehin unter enormem Investitionsdruck stehende Landwirtschaft finanziell schlicht nicht tragbar. Wir reden hier von mehreren Hunderttausend Euro pro Maschine. Hinzu kommen Wartung, Reparatur, Software usw. Wann sich eine solche Anschaffung amortisiert, ist schwieriger zu kalkulieren als die Ernte im nächsten Jahr.

Eine andere Alternative wäre das klassische Unkrautjäten durch den Menschen. Doch die Heerscharen von gering qualifizierten potenziellen Landarbeitern sind nicht vorhanden. Oder doch, es gibt sie schon; aber die beziehen ja Sozialleistungen.

Um es klarzustellen: Mehrere Studien haben auf die erheblichen Risiken des Einsatzes von Glyphosat für den Menschen sowie für Nutz- und Wildtiere hingewiesen. Die gesellschaftliche Akzeptanz für Glyphosat ist gering. Die Verbraucher wollen kein Glyphosat auf dem Acker und in der Natur. Das muss die Politik akzeptieren. Doch die Politik hat es versäumt, bezahlbare, praxistaugliche und zuverlässige Alternativen bereitzustellen.

Werte Kollegen der FDP, ich kann Ihnen daher nur sagen – und das geht mir runter wie Öl –: Ihr Antrag ist von vorgestern. Er bietet keine Lösungen und soll Landwirtschaft und Naturschutz gegeneinander auspielen. Dieser Antrag ist das Eingeständnis Ihres eigenen Versagens und wird von uns daher abgelehnt.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung spricht nun Ministerin Ina Scharrenbach in Vertretung von Ministerin Gorißen.

**Ina Scharrenbach**<sup>1)</sup>, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Danke. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Alle Themen, die im vorliegenden Antrag angesprochen werden, treiben Landwirtschaft und Politik schon seit deutlich mehr als einem Jahr um. In diese Diskussion hat sich die Landesregierung Nordrhein-Westfalens von Beginn an nachdrücklich eingebracht.

Zeitgleich zu dieser Plenarsitzung läuft aktuell die Agrarministerkonferenz in Kiel. Auch dort hat Nordrhein-Westfalen das Thema „Pflanzenschutz“ eingebracht. Das ist im Übrigen der Grund, weshalb die Ministerkollegin heute nicht zu Ihnen sprechen kann.

Sie sehen also: Es bedarf keiner verspäteten Aufforderung durch die FDP. Die Landesregierung ist auch ohne Sie bereits aktiv.

Aber der Reihe nach: Die Darstellung im Antrag der FDP zu den Auswirkungen der Vorschläge der EU-Kommission zu den sogenannten empfindlichen Gebieten, in denen die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln vollständig verboten werden soll, sind weitgehend korrekt. Da sind wir uns einig.

In Nordrhein-Westfalen würde dies bedeuten, dass auf etwa 90 % unserer Ackerfläche keine Pflanzenschutzmittel mehr eingesetzt werden dürfen. Bei allem Verständnis für das Anliegen des Green Deal: Das ist realitätsfern.

Genau aus diesem Grund, nämlich zum Thema „empfindliche Gebiete“, ist Ministerin Gorißen schon vor fast einem Jahr nach Brüssel gereist. Sie hat einer Vertreterin der Europäischen Kommission und Abgeordneten des Europäischen Parlaments die Auswirkungen dieses Vorschlags auf die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen verdeutlicht. Zudem hat sie sich Anfang Juli in Brüssel intensiv mit Europaabgeordneten ausgetauscht.

Das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen ist mit der Landwirtschaft und verschiedenen anderen Gruppen in den Dialog eingetreten, um gemeinsam auszuloten, wo praxistaugliche Möglichkeiten zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln existieren. Gespräche finden also fortlaufend statt.

Steter Tropfen höhlt sprichwörtlich den Stein. Inzwischen gibt es Signale, dass die Kommission die Kritik an den empfindlichen Gebieten verstanden hat. Jetzt werden die weiteren Verhandlungen abzuwarten sein, und dann ist zu entscheiden, ob nochmals Aktivitäten erforderlich sind.

Des Weiteren soll dem Antrag zufolge die Landesregierung beauftragt werden, sich dafür einzusetzen, dass auf Bundesebene eine realitätsnahe Strategie zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln erarbeitet wird. Auch dieses Thema ist nicht neu. Die Agrarministerkonferenz hat schon am 24. März 2023 einem Beschlussvorschlag Nordrhein-Westfalens zugestimmt, mit dem der Bund um eine zeitnahe Einbeziehung der Länder bei der inhaltlichen Ausgestaltung des Reduktionsprogramms gebeten wurde.

Auf diese Bitte ist der Bund immer noch nicht eingegangen. Er hat aber zumindest eine Beteiligung der Länder nach Abschluss der internen Vorarbeiten angekündigt. Dort werden wir uns einbringen. Dazu

müssen wir von Ihnen auch nicht erst aufgefordert werden.

Es bleibt noch das Thema „Glyphosat“. Der Vorschlag der EU-Kommission für eine erneute Genehmigung liegt in Brüssel auf dem Tisch. Egal, wie man zu dieser Entscheidung steht: Momentan ist nicht auszuschließen, dass es zu einer Verlängerung der Zulassung von Mitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat kommen könnte. Das muss man zur Kenntnis nehmen und gleichzeitig wahrnehmen, dass sich daraus für Deutschland ein rechtliches Problem ergeben könnte.

Genau aus diesem Grund hat Kollegin Gorißen auf der Agrarministerkonferenz in Kiel einen Beschlussvorschlag eingebracht, der den Bund auffordern soll, im Falle einer Erneuerung der Genehmigung von Glyphosat auf europäischer Ebene zeitnah für Rechtsklarheit zu sorgen.

Das heißt: Die Regelungen der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung zu Glyphosat müssten hinsichtlich der Konformität zu den europarechtlichen Vorgaben überprüft werden, damit mögliche Widersprüche zwischen europäischem und nationalem Recht nicht zu Problemen im Vollzug in den Ländern führen.

Liebe Abgeordneten der FDP, auch hier ist die Landesregierung also schon weit vor Ihrem Antrag tätig geworden. Einer besonderen Aufforderung zum Handeln bedarf es insofern nicht – wie gerade aufgezeigt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Berivan Aymaz:** Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zum Schluss der Aussprache und gehen zur Abstimmung über.

Die antragstellende Fraktion der FDP hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also über den Inhalt des Antrags Drucksache 18/5840 ab. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das ist Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/5840 abgelehnt**.

Wir kommen zu:

### **15 Interkommunale Zusammenarbeit: Stärkung von Effizienz und Innovation durch Shared Service Center**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4565